

Niederschrift

über die IX/027. Sitzung
des **Generationenausschusses** der Stadt Schwerte am

Donnerstag, dem 14.02.2019, um 17:00 Uhr
im Raum 405, Rathaus I, Rathausstraße 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Bianca Dausend

CDU-Fraktion

Herr Carsten Böckmann
Herr Dieter Böhmer

Für Herrn Schrezenmaier bis 17:23 Uhr zu
TOP 6

Frau Ellen Hentschel
Frau Vera Hosemann
Herr Bernd Krause
Herr Egon Schrezenmaier

ab 17:23 Uhr zu TOP 6

SPD-Fraktion

Herr Simon Lehmann-Hangebrock
Frau Ursula Meise
Frau Marlies Mette
Frau Angelika Nappert
Frau Sigrid Reihls
Frau Angelika Schröder

bis 18:32 Uhr zu Top 9

Fraktion Die Grünen

Frau Gina Ferdinand
Herr Reinhard Streibel

ab 17:12 Uhr zu TOP 6

Fraktion DIE LINKE.

Frau Mechthild Kayser

Integrationsrat

Herr Detlef Zenke

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

Herr Jörg-Andreas Otte
Frau Heike Pohl

Leiter des Bereiches Teilhabe
Stellvertretende Leiterin des Bereiches Teil-
habe

Herr Hans-Georg Winkler

Erster Beigeordneter

Schriftführerin

Frau Anne Matzeik-Kassel

Abteilungsleiterin Ratsangelegenheiten

Gäste

Frau Lydia Heit
Frau Anna Spaenhoff

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
Bereich Verwaltungsservice

Entschuldigt

Herr Franz-Walter Freßdorf

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 19:22 Uhr

Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes
5. Feststellung von Befangenheit
6. Vorstellung der Beratungsstelle Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) "Teilhabe-Wegweiser im Kreis Unna"
7. Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 (IX/0881); **IX/0881/1**
hier: Änderungen der Verwaltung (Ergänzungsvorlage)
1. Ergänzung zur Drucks.-Nr. IX/0881
8. Senioren - Chronologie der gefassten Beschlüsse und deren Umsetzungsstand

9. Inklusion - Chronologie der gefassten Beschlüsse und deren Umsetzungsstand
10. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
11. Informationen und Anfragen

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses

Die Vorsitzende Frau Bianca Dausend eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie Frau Heit von der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB), welche unter Tagesordnungspunkt 6 den „Teilhabe-Wegweiser im Kreis Unna“ vorstellen wird. Anschließend stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Generationenausschusses fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Änderungen der Tagesordnung liegen nicht vor. Die vorliegende Tagesordnung gilt somit als genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen zur Einwohner*innenfragestunde vor.

4. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Die Vorsitzende Frau Dausend verpflichtet Frau Sigrid Reihls von der SPD-Fraktion als neue sachkundige Bürgerin im Generationenausschuss. Sie bittet alle Anwesenden sich für die Verpflichtung von ihren Plätzen zu erheben:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze sowie die Pflicht zur Verschwiegenheit zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

5. Feststellung von Befangenheit

Ein Mitwirkungsverbot nach § 31 GO NRW und § 9 GeschO (Rat und Ausschüsse) liegt nicht vor.

**6. Vorstellung der Beratungsstelle Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)
"Teilhabe-Wegweiser im Kreis Unna"**

Frau Heit von der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) stellt den „Teilhabe-Wegweiser im Kreis Unna“ anhand der **Anlage 1** vor.

Auf Nachfragen führt sie aus, dass es keine Routine bei den zu bearbeitenden Fragestellungen gäbe und eine Bezifferung der Frequenz zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Das Angebot würde allerdings mehr angenommen. Weiter führt sie aus, dass sie sich im Sinne der Beratungssuchenden parteilich verhalte und dass die Beratungsstelle über keine Projektmittel verfüge, sondern nur über Fördermittel für die Beratungsarbeit. Letztlich führt Frau Heit aus, dass der Förderzeitraum bis Ende 2020 bewilligt worden sei, daran anschließend möglicherweise noch zwei weitere Jahre.

Die Vorsitzende Frau Dausend bedankt sich für die Präsentation und sichert Frau Heit die Unterstützung des Ausschusses für die Bekanntmachung des Angebotes der Beratungsstelle zu.

**7. Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 (IX/0881);
hier: Änderungen der Verwaltung (Ergänzungsvorlage)
1. Ergänzung zur Drucks.-Nr. IX/0881
Vorlage: IX/0881/1**

Herr Winkler, Erster Beigeordneter, stellt die Vorlage vor. Dabei verweist er insbesondere auf die Seite acht und dort auf die zusätzliche Einnahme „Integrationspauschale“. Es gibt keine Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Dem Entwurf der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit Anlagen (IX/0881) sowie den Änderungen der Verwaltung (IX/0881/1) wird zugestimmt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 15 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

8. Senioren - Chronologie der gefassten Beschlüsse und deren Umsetzungsstand

Frau Pohl, stellvertretende Leiterin des Bereichs Teilhabe, bezieht sich auf den Beschluss zur Durchführung einer Seniorenkonferenz (Drucksachenummer: IX/0706). Wie bereits berichtet, verzögere sich der Einsatz einer neuen Mitarbeiterin im Bereich „Senior*innen“. Eine weitere Mitarbeiterin, welche sich noch in der Ausbildung befinde, arbeite schon zeitweise im Bereich und stünde nach erfolgreichem Abschluss ab Sommer in Gänze dem Bereich zur Verfügung. Bisweilen sei die Mitarbeiterin mit Rechercharbeiten für die Senior*innenkonferenz und allgemeiner vorbereitender Tätigkeiten befasst. Auch der beschlossene Senior*innenwegweiser (Drucksachenummer IX/0787) sei bis zur

Besetzung der Stelle zurück gestellt worden. Dennoch sei auch hier die Kollegin mit Recherchearbeiten befasst. Auf Nachfrage der Vorsitzenden Frau Dausend, ergänzt Frau Pohl, dass eine E-Mail-Adresse für Anträge und Anregungen bereits intern eingerichtet sei, da diese aber beworben und gepflegt werden müsse, solle sie erst aktiv geschaltet werden, wenn die Stelle besetzt sei.

Nach den Ausführungen der Verwaltung diskutiert der Ausschuss intensiv das Problem der Verzögerungen von Beschlusslagen und die Verwendung von Ressourcen für neuere Projekte, wie dem Runden Tisch gegen Einsamkeit im Alter. Die Frage, ob der Runde Tisch gegen Einsamkeit ein Vorgriff auf die Senior*innenkonferenz sei, würde sehr unterschiedlich von den Ausschussmitgliedern bewertet.

Die Vorsitzende Frau Dausend erklärt, dass der Generationenausschuss bisher immer sehr verständnisvoll gewesen sei, was Verzögerungen bei der Umsetzung von Beschlusslagen anbelangte. Allerdings stellt sie klar, dass bereits beschlossene Projekte priorisiert werden sollten und erst bei freiwerdenden Ressourcen zusätzliche Projekte wie der Runde Tisch gegen Einsamkeit durchgeführt werden dürften. Um Kür zu laufen, brauche es nach Frau Dausend zunächst das Pflichtprogramm.

Auf die Nachfrage von Herrn Streibel, Fraktion Die Grünen, ob die Senior*innenkonferenz noch im Jahr 2019 durchgeführt werden könne, verweist Herr Winkler auf die nicht beeinflussbaren Faktoren, wodurch eine konkrete Zeitplanung nicht möglich sei.

Nach einer Diskussion zu einem möglichen Strategiewechsel und der Frage, ob konkretere Ziele für die Konferenz erarbeitet hätten werden müssen, vertagt Frau Dausend im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern die Entscheidung über ein weiteres Verfahren auf die nächste Sitzung des Generationenausschuss und bittet darum die Beschlussübersicht dem Protokoll anzuhängen (**Anlage 2**).

9. Inklusion - Chronologie der gefassten Beschlüsse und deren Umsetzungsstand

Frau Pohl, stellvertretende Leiterin des Bereichs Teilhabe, berichtet von der Arbeitsgruppe „Inklusion“. Nach einem Jahr könne das Fazit gezogen werden, dass aufgrund mangelnder Zeitkapazitäten keine regelmäßigen Sitzungen hätten durchgeführt werden können und dadurch ein Stillstand entstanden sei. Daraufhin habe die Arbeitsgruppe Herrn Bürgermeister Axourgos zu einem Gespräch eingeladen, indem verdeutlicht worden sei, dass gute Inklusionsarbeit nur mit der personellen Ausstattung möglich sei und auch die Forderung nach einer Person, die als Inklusionsbeauftragte*r fungiere, sei erneuert worden. Weiter führt Frau Pohl aus, dass überlegt worden sei, den Stellenwert der Inklusionsarbeit zu erhöhen, indem man möglicherweise einen Inklusionsbeirat gründe. In dem Gespräch mit dem Bürgermeister sei vereinbart worden, dass die Arbeitsgruppe eine Liste mit Arbeitsschwerpunkten eines Inklusionsbeauftragten erstellen solle. Ab dem 1. April 2019 solle eine Kollegin mit einer halben Stelle für Inklusion eingesetzt werden, um die Arbeit dort zu unterstützen und zu verstetigen.

Frau Pohl erläutert weiter, dass im Dezember 2018 Herr Streibel von der Fraktion Die Grünen den Austritt seiner Fraktion aus der Arbeitsgruppe erklärt habe.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Pohl entsteht eine rege Diskussion zur Zielrichtung und Ausrichtung der Arbeitsgruppe. Für Irritation Sorge laut Herrn Böckmann von der CDU-Fraktion auch die Beratung des Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden zu einem Bürgerantrag des Herrn Franzl (Drucksachenummer: IX/0911). Dieser hätte laut Zuständigkeitsordnung zuerst im Generationenausschuss und dann im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt beraten werden müssen. Darüber hinaus bestünde Klärungsbedarf im Ablauf solcher Thematiken. So habe die Anregungen des Herrn Franzl der AG Inklusion vorgelegen und dort habe man noch Beratungsbedarf gesehen. Hierzu sei Frau Mette von der SPD gebeten worden, diesbezüglich mit Herrn Franzl

Kontakt aufzunehmen. Das Anliegen sei danach jedoch nicht weiter Thema in der AG gewesen, sondern es habe einen Vororttermin mit der SPD und Frau Kayser von der Fraktion Die Linke gegeben. Herr Böckmann sehe darin eine Verletzung des gemeinsam vereinbarten Verhaltenskodex der AG, welcher besage, dass die Arbeitsgruppe überparteilich arbeite. Daher müsse dieser Vorgang zumindest in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe aufgearbeitet werden.

Frau Mette, SPD-Fraktion, erwidert dazu, dass es auch keine Kritik gegeben habe, als die Fraktion Die Grünen einen Antrag zum Thema „Integrationsbeauftragte*r“ eingebracht hatten. Frau Mette überlege nach dieser Diskussion, die AG ebenfalls zu verlassen. Dieser Überlegung schließt sich Frau Kayser, Fraktion Die Linke, an.

Herr Streibel gibt zu bedenken, dass die Arbeitsgruppe keine Parallelstruktur zum Generationenausschuss sein solle und schlägt daher vor, zu überlegen, wie man die Arbeitsgruppe zum Teil des Generationenausschusses werden lassen könne. Dabei schlägt er die Gründung eines Unterausschusses vor.

Herr Winkler, Erster Beigeordneter, erläutert die Grundlage, die für die Arbeitsgruppe bestehe und stellt die Frage, welchen Unterschied ein Unterausschuss in der Geschäftsführung, Besetzung und im Thema machen würde.

Die Vorsitzende Frau Dausend erinnert an den Beschluss zur Gründung der Arbeitsgruppe Inklusion und deren Arbeitsauftrag. Daher sei die Zusammenarbeit zwischen Generationenausschuss und der Arbeitsgruppe geregelt.

Die Ausschussmitglieder diskutieren im Anschluss noch die unterschiedlichen Auffassungen im Hinblick auf die Anwendung der Zuständigkeitsordnung. So zitiert Frau Dausend aus der Zuständigkeitsordnung des Generationenausschusses: „Berät vor: Konzepte und Maßnahmen der Stadtentwicklung“ und ergänzt, dass daher der Generationenausschuss vor dem Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt seine Sitzung abhalte.

10. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

Herr Winkler, Erster Beigeordneter, berichtet von einem Austausch mit dem Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) zum Bau von Wohneinheiten für Menschen mit Beeinträchtigungen. Der LWL hätte zugesagt, dass in der nächsten Sitzung des Generationenausschusses am 28. März 2019 Vertreter*innen des Vorhabens in der Ausschusssitzung berichten würden.

Herr Otte, Leiter des Bereiches Teilhabe, berichtet über die Entwicklungen im Bereich der Flüchtlingszahlen (**Anlage 3**). Weiter führt er aus, dass im September 2018 die Bezirksregierung Arnberg die Flüchtlingsaufnahmeerstattung geprüft hätte. Dabei sei es zu Unstimmigkeiten gekommen und einer Diskrepanz bei der Erfassung der anzugebenden Daten. Daher würden momentan alle Kommunen im Kreis Unna ihre Daten in jedem Einzelfall neu überprüfen, was viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Herr Winkler ergänzt, dass er die Problematik in der Sozialdezernent*innenrunde des Kreises Unna im Januar angesprochen habe. Das ganze Prüfverfahren werde nun kritisiert und in einem gemeinsamen Positionspapier mit Ausführungen zu den verschiedenen Problemlagen an die Bezirksregierung gerichtet werden. Dies solle von allen Bürgermeister und dem Landrat im Kreis Unna unterzeichnet werden. Die Höhe der Summe, die zurückerstattet werden müsse, sei noch nicht zu beziffern.

11. Informationen und Anfragen

Ambulante Palliativversorgung

Die Vorsitzende Frau Dausend berichtet von einer Veranstaltung zur ambulanten Palliativversorgung, an der auch Frau Schröder von der SPD Fraktion und Frau Kayser von der Fraktion Die Linke teilgenommen hätten. Dazu solle sich ein Netzwerk zur ambulanten und stationären Palliativversorgung bilden, welches auch Ärzt*innen einbeziehe. Die Einbindung, an der es bisher immer mangelte, verlaufe sehr positiv und die Ärzt*innen hätten sich auch zusätzlich schon getroffen und ausgetauscht. Die nächste Veranstaltung sei im April und dort solle das Netzwerk sich ausgründen. Herr Bürgermeister Axourgos sei Schirmherr des Netzwerkes.

Frau Dausend betont hierbei die Bedeutung des Generationenausschusses in dieser Entwicklung. So habe der Ausschuss durch seine gesamten Bemühungen in den vergangenen Jahren den Weg zu einer besseren ambulanten Palliativversorgung geebnet und habe auch durch die enge Vernetzung mit dem Konsiliardienst in Unna eine konsequentere Betreuung erreicht. Weiter sei durch die Einbeziehung der Medien der Fokus auf die ambulante Palliativversorgung erfolgt und der Generationenausschuss habe durch überzeugende Gespräche mit dem Marienhospital dazu beigetragen, dass dieses sein Entlassungsmanagement dahingehend geändert habe, dass nun explizit ein Hinweis auf die Palliativversorgung erfolge.

Unterbringung von geflüchteten Menschen

Frau Schröder von der SPD Fraktion erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zur Unterbringung von Geflüchteten. Herr Otte, Leiter des Bereiches Teilhabe, berichtet, dass nach aktuellem Stand die Unterbringungen nach diesem Konzept erfolgt seien. Herr Winkler, Erster Beigeordneter, weist eindringlich darauf hin, dass in dieser Thematik noch keine Entspannung in Sicht sei. Die Stadt sei dankbar für Hinweise für mögliche Wohnungen, die angemietet werden könnten.

WC-Anlage Fußgängerzone

Herr Schrezenmaier von der CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem Sachstand zum Bürger*innen-WC in der Fußgängerzone. Darauf erwidert Herr Winkler, Erster Beigeordneter, dass diese Anfrage zuständigkeitshalber im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt gestellt und beantwortet werden müsse.

gez. Dausend
Vorsitzende

gez. Matzeik-Kassel
Schriftführerin